

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 16/2018

16. OKT 2018 | MARKUS KRÜSEMANN

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 30.10.2018.

1] TOPTHEMA: MINIJOBS

Der Minijob wird ab Januar 2019 wieder ein Stück unattraktiver - für Arbeitgeber. Dank der Mindestlohnanhebung verkürzt sich die Höchstarbeitszeit der Minijobber von rund 51 auf maximal 49 Stunden pro Monat. Doch wie immer, wenn es darum geht, Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, ist die FDP zur Stelle. Letzte Woche hat sie einen Gesetzentwurf zur Dynamisierung der Verdienstgrenze von Minijobs in den Bundestag eingebracht. Durch ihre Kopplung an die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns soll die Minijob-Verdienstgrenze bei jeder Mindestloohnerhöhung automatisch mit ansteigen.

Angesichts des seit der Mindestlohneinführung nachlassenden Interesses an der bloß geringfügigen Beschäftigung führt die beabsichtigte neuerliche Attraktivitätssteigerung arbeitsmarktpolitisch in die Irre. Wie das Beispiel der sowieso für Niedriglöhne bekannten Gastronomie zeigt, muss die öffentliche Hand geringfügig entlohnte Beschäftigte mit Milliardenbeträgen unterstützen, weil die von dem bißchen Job in der Regel nicht leben können, zugleich aber nur selten den Um- und Aufstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen. Gebraucht werden demnach nicht mehr prekäre Minimaljobs, gebraucht werden auch keine staatlich subventionierten Niedriglohnjobs, sondern gut bezahlte und sozial abgesicherte Arbeitsplätze. Doch lesen Sie selbst...

Mamas Comeback

Wie bekomme ich Job und Familie unter einen Hut? Reicht die Qualifikation? Solche Bedenken bremsen aus. Viele Frauen verwerfen das Projekt »Jobrückkehr« oder landen im Minijob. Um das zu verhindern, brauchen sie einen guten Plan für den erfolgreichen Wiedereinstieg.

Einer Frau, die zurück in die Arbeitswelt möchte, bringt der Minijob nicht viel. Die Studie »Frauen in Minijobs« des Bundesfamilienministeriums ergab, dass er wie »Sekundenkleber« wirke. Nur wenige Frauen, die länger ausschließlich in einem Minijob gearbeitet hatten, machten den Schritt in einen normalen Job.

Quelle: Schwaebische.de vom 14.10.2018

Nur AfD unterstützt FDP-Initiative zu geringfügig Beschäftigten

Die Fraktion fordert die Kopplung der Verdienstgrenze bei geringfügiger Beschäftigung als auch bei Beschäftigung in der Gleitzone an die Entwicklung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns.

Konkret soll (...) die Verdienstgrenze bei geringfügiger Beschäftigung auf das 60-fache des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns festgelegt werden. (...) Die Abgeordneten wollen durch diese Änderung ein Automatismus einführen, der eine Anpassung der bisher starren Grenzen bei jeder Anpassung des Mindestlohns vornimmt.

Quelle: Bundestag.de vom 12.10.2018

Eine Milliarde Euro für Mini-Jobber in der Gastronomie

Mini-Jobber im Gastgewerbe haben im vergangenen Jahr allein knapp eine Milliarde Euro als aufstockende, staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten. Das geht aus Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor.

An die geringfügig Beschäftigten im Gastgewerbe ging damit etwa ein Viertel der insgesamt 4,2 Milliarden Euro, mit denen der Staat Mini-Jobber bezuschusst hat. (...) »Auf dem Rücken der Beschäftigten und der Gesellschaft sparen Arbeitgeber Personalkosten, und der Staat subventioniert diese Lohndrückerei auch noch«, sagte Linken-Politikerin Susanne Ferschl.

Quelle: RP online vom 12.10.2018

Wenn der Minijob zur Falle wird

Minijobs beziehungsweise die »Kleine Teilzeit« ist keine Lösung auf Dauer, warnte Meier-Gräwe. Sie haben keine Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt und es gibt kaum Übergänge in die Vollzeit.

Rententechnisch wird ein längerer Minijob zur echten Falle, »mit fatalen Folgen«. Die Professorin rechnete vor: Eine 35-Jährige Frau, die jetzt in einem Minijob startet, kann im Jahr 2048 mit einer Rente von 163 Euro rechnen.

Quelle: Schwaebische.de vom 12.10.2018

Minijobs sind besser als Schwarzarbeit

Die Obergrenze für Minijobs liegt seit 2013 unverändert bei 450 Euro im Monat. Dabei sind die Löhne seither um gut zehn Prozent gestiegen, und der Mindestlohn wurde eingeführt. Folge: Minijobber bekommen nicht mehr Geld, wenn ihr Verdienst schon die Höchstgrenze erreicht hat.

Wenn ihr Arbeitgeber fair ist und ihren Stundenlohn erhöht, müssen sie weniger arbeiten. Vielen wäre allerdings ein Ausgleich für die Inflation lieber.

Quelle: MOZ.de vom 12.10.2018

Dehoga: Mehr Geld für Minijobs

Bei der Einführung des Mindestlohn-Gesetzes 2015 bedeuteten 450 Euro umgerechnet auf den damaligen Mindestlohn von 8,50 Euro noch eine Arbeitszeit von maximal 53 Stunden im Monat. Steigt der Mindestlohn 2019 auf 9,19 Euro, dürfen nur noch 49 Stunden gearbeitet werden.

Der Hotel- und Gaststättenverband begrüßt deshalb die Bundesratsinitiative des Landes NRW, eine Dynamisierung der Einkommensgrenze für Minijobs (...) herbeizuführen. (...) Der Dehoga schlägt zur Dynamisierung eine automatische Kopplung an die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns vor.

Quelle: RP online vom 10.10.2018

Wenn der Lohn nicht reicht

In Mönchengladbach haben rund 9 400 Menschen einen Minijob im Nebenberuf. Damit ist die Zahl der Zweitjobber in den letzten zehn Jahren um 49 Prozent gestiegen.

Steigende Wohnkosten dürften auch für die Zunahme bei den Zweitjobs entscheidend mitverantwortlich sein, schätzt der Gewerkschafter: »Die Löhne steigen längst nicht so schnell wie die Mieten. Damit sind viele auf einen

Nebenverdienst angewiesen.«

Quelle: Stadt-Spiegel-Moenchengladbach.de vom 09.10.2018

Seit der Wiedervereinigung in Deutschland deutlich mehr Befristungen und Mini-Jobs

Seit der Wiedervereinigung hat sich der Arbeitsmarkt im gesamten Deutschland stark verändert: Während die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse von 1991 bis 2017 um 4,4 Prozent abnahm, stieg die Zahl sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse wie Befristungen, Teilzeit oder Mini-Jobs drastisch an.

Die Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse nahm im Osten um 19,6 Prozent zu, vor allem wegen eines drastischen Zuwachses bei Mini-Jobs, deren Zahl sich mehr als versechsfachte.

Quelle: Welt online vom 03.10.2018

CSU fordert mehr Geld für Mini-Jobs

Der CSU-Wirtschaftsflügel fordert die Anhebung der Verdienstobergrenze für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse auf 500 Euro (...): »Die Obergrenze von 450 Euro ist seit mehr als fünf Jahren nicht mehr angepasst worden (...).«

Nach einem Beschluss des Landesvorstands der Mittelstandsunion soll zudem die Höhe der Obergrenze künftig entsprechend der Erhöhungen beim Mindestlohn angepasst werden.

Quelle: Süddeutsche.de vom 01.10.2018

2] WEITERE BERICHTE

Uni Kassel: Mitarbeiter klagen über zu viele befristete Stellen

Zu viele befristete Verträge mit zu wenigen Stunden und zum Teil nur für wenige Monate: Dies ist die Kritik des Personalrates an der Personalpolitik der Hochschulleitung.

»Es gibt gute Gründe für Befristungen im wissenschaftlichen Bereich. Zum Beispiel, wenn es um begrenzte Forschungsaufträge geht«, sagt Elisabeth Beltz vom Personalrat. An der Uni Kassel würden aber auch häufig Daueraufgaben in der Lehre oder Verwaltungstätigkeiten durch befristet Angestellte erledigt.

Quelle: HNA.de vom 15.10.2018

Niedriglöhner in der Luft

Bei maximalen realistischen Flugstunden kann ein Gehalt von bis zu 1.700 Euro erreicht werden. Für die vielen Leiharbeiter/innen, die Ryanair beschäftigt, sieht es sogar noch viel dramatischer aus. Die billigen Flugtickets, die Ryanair anbietet, gehen damit voll zu Lasten der Beschäftigten.

Nach unserer Beobachtung tut das Unternehmen alles, damit es bei solchen Niedriglöhnen bleibt. Es hält sich nicht an die Spielregeln des deutschen Rechts.

Quelle: junge Welt online vom 13.10.2018

Mehr Geld für Kinder in Geringverdiener-Familien

Familien mit geringem Einkommen sollen künftig stärker unterstützt werden: Familienministerin Franziska Giffey und Sozialminister Hubertus Heil (beide SPD) verständigten sich auf ein Familienstärkungsgesetz. Es soll noch in diesem Jahr vom Kabinett beschlossen werden.

Danach soll der Kinderzuschlag für Geringverdiener-Familien, die ansonsten Anspruch auf Hartz IV hätten, voraussichtlich ab 1. Juli 2019 von 170 auf bis zu 183 Euro pro Kind steigen (...). Zudem wird der Unterhaltskostenvorschuss für Alleinerziehende, der sich bislang mindernd auswirkte, nicht mehr voll angerechnet werden.

Quelle: Berliner Zeitung online vom 13.10.2018

DGB warnt: Mehr prekäre Beschäftigung

Der DGB hat trotz sinkender Arbeitslosenzahlen in Niedersachsen vor zunehmender prekärer Beschäftigung mit Niedriglöhnen und befristeten Jobs gewarnt.

Zwar profitierten viele Beschäftigte mit steigenden Reallöhnen vom gegenwärtigen Aufschwung, gleichzeitig aber erreichten auch Leih- und Teilzeitarbeit, Minijobs sowie die Zahl befristeter Arbeitsverträge Rekordstände. (...) Dazu komme der Niedriglohnsektor, von dem fast jeder vierte Beschäftigte betroffen sei.

Quelle: Nordwest Zeitung online vom 12.10.2018

Leiharbeit: Aktuelle Zahlen von der Bundesregierung

Was hat das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) gebracht, das im April 2017 in Kraft getreten ist? (...) Einige Abgeordnete und die Fraktion Die Linke haben eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, um die Wirkung des AÜG zu überprüfen.

Dass es dafür noch zu früh sei, betont die Bundesregierung in ihren Antworten. Da das Gesetz erst seit April 2017 gilt und die Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten demnach erst im Oktober 2018 das erste Mal erreicht wird, könne der Effekt des AÜG noch nicht bewertet werden.

Quelle: Arbeitsschutz-Portal.de vom 11.10.2018

Lehrerverband begrüßt Ende von befristeten Verträgen

Seit Jahren fordern Lehrerverbände die Abschaffung von befristeten Lehrerverträgen. Noch im Juli hatte die CSU-Mehrheit entsprechende Anträge abgeblockt. In der BR Wahlarena hat Ministerpräsident Söder nun angekündigt, den Forderungen nachzukommen.

Der Freistaat wolle voraussichtlich zum Schuljahr 2019/20 eine Sondermaßnahme auf den Weg bringen, hieß es. Die Finanzierungsfrage und einige Details blieben allerdings offen. Gestern Abend versprach nun Söder in der BR-Wahlarena das Thema anzugehen.

Quelle: BR.de vom 11.10.2018

Die Schattenseiten des deutschen »Jobwunders«

Auf den ersten Blick geht es Deutschland gut. Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit sinkt. Noch nie seit der Wiedervereinigung waren so viele Menschen erwerbstätig wie heute, nämlich 44,3 Millionen.

Doch diese positiven Meldungen täuschen darüber hinweg, dass zu viele Arbeitnehmer nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren und unter immer schlechteren Konditionen arbeiten müssen. Auch dadurch nimmt seit Jahren die soziale Spaltung unserer Gesellschaft zu.

Quelle: Handelsblatt online vom 09.10.2018

Immer mehr Flüchtlinge in Zeitarbeit

Die Zahl der Leiharbeiter steigt, vor allem durch Flüchtlinge: Denn hier haben sie eine Chance, auch ohne perfekte Deutschkenntnisse einen Job zu ergattern. Gewerkschafter befürchten, dass die Betroffenen für immer in Niedriglohnjobs feststecken.

Felix Hoffmann vom Deutschen Gewerkschaftsbund in Hamburg ist skeptisch: »(...) Leiharbeit ist aus unserer Sicht nicht die nachhaltige und die beste Möglichkeit, um Geflüchtete in den Arbeitsmarkt zu integrieren.«

Quelle: Deutschlandfunkkultur.de vom 09.10.2018

Freiberuflich und prekär

Sie heißt nicht mehr so, doch faktisch gibt es sie weiter millionenfach: die »Ich-AG«. Den Euphemismus für prekäre Soloselbstständigkeit hat einst der ehemalige VW-Personalchef Peter Hartz geprägt, 2002/2003 Chefberater der damaligen Bundesregierung.

Heute ist die Lage vieler Menschen, die ohne »Arbeitgeber« ihren Lebensunterhalt beispielsweise als Lektorin oder Handwerker, als Clickworker oder Pflegedienstleisterin bestreiten, nicht besser als vor 15 Jahren.

Quelle: neues deutschland online vom 09.10.2018

Crowdworking - ausgelagert und rund um die Uhr verfügbar

Sie sind überall und jederzeit verfügbar. (...) Ihr Arbeitsplatz aber ist der heimische Computer. Die Arbeit ist geprägt von Unabhängigkeit, Abwechslung und Kreativität, dafür aber auch ohne finanzielle und soziale Absicherung (...).

Die Rede ist von »Crowdworkern«, Menschen, die ihre Dienstleistungen wie Texterstellung, Programmierung, Design und vieles mehr über das Internet anbieten. Bisher ist Crowdworking nur eine kleine Nische (...) mit Potenzial, den Arbeitsmarkt grundlegend umzukrempeln.

Quelle: DIA-Vorsorge.de vom 08.10.2018

Leiharbeit und Werkverträge verdrängen reguläre Arbeit

Trotz Wirtschaftsboom und Arbeitskräftemangel gliedern Industriebetriebe immer mehr Arbeit über Leiharbeit und Fremdvergaben aus. (...) Das zeigt eine bundesweite Befragung der IG Metall unter Betriebsräten in rund

4.000 Betrieben.

27,5 Prozent der befragten Betriebsräte sagen, dass Leiharbeit und Fremdvergabe in den vergangenen drei Jahren in ihrem Betrieb dauerhafte Stammarbeitsplätze verdrängt haben. »Betroffen von Ausgliederungen sind mittlerweile alle Bereiche in den Industriebetrieben (...)«.

Quelle: Neue Nordhäuser Zeitung online vom 07.10.2018

Gewerkschaft fordert mehr Geld für Bäcker und Verkäuferinnen

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) verlangt für die Beschäftigten in Berliner und Brandenburger Bäckereien »ein kräftiges Lohn-Plus«.

Die untersten Lohnstufen lägen derzeit kaum höher als der Mindestlohn: bei Verkäuferinnen 9,10 pro Stunde, bei Bäckergehilfen 10,38 Euro.

Quelle: Süddeutsche.de vom 06.10.2018

»Job Patchwork«: Wenn der Hauptberuf zum Leben nicht reicht

Immer mehr Menschen in Deutschland haben mehr als einen Job: Ein Trend, der das Lebensgefühl von inzwischen 3,3 Millionen Menschen bestimmt. Manche beurteilen dies als Horizonterweiterung, andere als Stress.

Fest steht: Diejenigen, die heute mehr als einen Job haben, verdienen im Hauptjob weniger als Menschen mit nur einem Job. Und zwar im Schnitt 570 Euro. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). Fast 90 Prozent kombinieren eine sozialversicherungspflichtige Stelle mit einem Minijob.

Quelle: Nordbayern.de vom 05.10.2018

Pflegekräfte auf Pump

Keine Nachtschichten mehr, kein Einspringen am Wochenende, beste Bezahlung - mit paradiesischen Arbeitsbedingungen werben Leiharbeitsfirmen um Altenpflegekräfte. Die profitieren dabei vom Fachkräftemangel.

Bundesweit ist der Anteil an Zeitarbeitskräften in der Altenpflege in den letzten drei Jahren um mehr als 40 Prozent gestiegen, in Berlin hat er sich im gleichen Zeitraum sogar verdoppelt.

Quelle: RBB24.de vom 04.10.2018

IG Metall fordert schärfere Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen

Seit April 2017 gelten neue Regeln für die Branche. Zeitarbeiter müssen nach neun Monaten im Einsatzbetrieb das Gleiche verdienen wie das Stammpersonal (Equal Pay). Die Einsatzdauer in einem Entleihbetrieb ist auf 18 Monate begrenzt.

Für die IG Metall ist dagegen schon klar, dass das Gesetz zu kurz greift. Denn in den von ihr vertretenen Branchen Metall- und Elektroindustrie, Holz und Kunststoff sowie Textil setzen weiter 80 Prozent der Betriebe Leiharbeiter oder (...) industriennahe Dienstleister ein.

Quelle: Handelsblatt online vom 04.10.2018

Amazon denkt nicht an Mindestlohn-Erhöhung in Deutschland

Der Internetriese Amazon erhöht die Löhne für Hunderttausende Arbeiter in den USA auf mindestens 15 Dollar. Auch in Großbritannien zahlt der Konzern mehr Geld. Doch in Deutschland hält sich das Unternehmen mit Zusagen zurück.

Ob und wann ein verbesserter Mindestlohn auch für Deutschland als einem der wichtigsten Märkte für den Online-Versender in Kraft treten könnte, bleibt einstweilen offen.

Quelle: Welt online vom 03.10.2018

614 900 Teilzeitbeschäftigte in Rheinland-Pfalz

Von den rund 2,05 Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz haben im vergangenen Jahr 614.900 eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt. Das entsprach einem Anteil von 30 Prozent (...). Von den erwerbstätigen Frauen übten mehr als die Hälfte ihren Beruf in Teilzeit aus.

Die Befragten nannten als einen der Hauptgründe für die Teilzeitbeschäftigung den Behördenangaben zufolge die Betreuung von Kindern. Fast die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten arbeiten im Alter zwischen 35 und 55 - einer Zeit, in der Kinder häufig noch im Elternhaus leben.

Quelle: RTL.de vom 02.10.2018

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-162018--2253.html>

PDF erstellt am: 25.10.2020